

Leistung muss sich wieder lohnen

„2008 ist das Jahr, in dem Schluss gemacht werden muss mit den Sonderopfern der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst. Es reicht, die Landesregierung kann nicht damit rechnen, dass ihre Beschäftigten in demütiger Bescheidenheit zuschauen, wie ihnen und ihren Familien die Existenzgrundlage Stück für Stück weiter entzogen wird. Es geht darum, den sozialen Status der Beschäftigten zu sichern. Und das geht nur mit deutlichen Gehaltssteigerungen.“

Frank Richter, Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP), hat die gewerkschaftspolitische Marschrichtung für das neue Jahr festgelegt. Die Sonderopfer der letzten Jahre, wie Streichung des Urlaubsgeldes, Kürzung von Weihnachtsgeld und Beihilfe, Verlängerung der Wochen- und Lebensarbeitszeit oder verzögerte Besoldungsanpassung hätten in der Summe zu erheblichen Gehaltseinbußen geführt. „Der Öffentliche Dienst hat seinen Solidarbeitrag zur Gesundung der Staatsfinanzen erbracht, jetzt sind wir dran“, fordert der Gewerkschaftsvorsitzende die Solidarität des Staates mit seinen Beschäftigten.

Solidarität sei keine Einbahnstraße. Die Politik habe immer betont, Kürzungen könnten auch rückgängig gemacht werden, wenn es dem Staat wieder besser gehe. Die Entwicklung der Steuereinnahmen nach oben spreche eine deutliche Sprache. „Dem Staat geht es besser, den meisten, die für den Staat gute Arbeit leisten, noch nicht“, stellt Richter fest. Die derzeitige Landesregierung sei mit dem Slogan angetreten, Leistung müsse sich wieder lohnen. „Werden sie ihrem eigenen Anspruch gerecht und zahlen sie ihren Beschäftigten wieder den gerechten Lohn, der ihrer Leistung und ihrem Engagement entspricht“, fordert die GdP von der Landesregierung „Taten statt Sprüche“.

Mit der Föderalismusreform ist den Ländern die Verantwortung für die Beamtenbesoldung übertragen worden. Neben einer deutlichen Gehaltssteigerung beschreibt die GdP weitere Ziele und Forderungen für das neue Jahr. Die Polizei brauche dringend zusätzliches Personal. Die Politik habe das Problem der Überalterung zwar erkannt, aber noch nicht endgültig gelöst. Jeweils 1100 Neueinstellungen in den nächsten vier Jahren seien ein wichtiger Schritt, dem aber weitere Schritte folgen müssten. Den Neueinstellungen stehe in etwa dieselbe Zahl an Pensionierungen gegenüber. Frank Richter: „Die Belastung der Kolleginnen und Kollegen im Polizeidienst ist in den letzten Jahren drastisch gestiegen.“

Zudem fordert die GdP ein systematisches Gesundheitsmanagement für die Polizei. „Besondere Belastungen im Dienst verlangen umfassende Fürsorge“, appelliert Richter an die Fürsorgepflicht des Arbeitgebers Staat. Ein Sporterlass alleine reiche nicht aus. Geregeltere Ruhezeiten, Regenerationsphasen, sportliche Ertüchtigung, umfassende fachärztliche Betreuung, zumutbare Arbeitsbedingungen, flexible Arbeitszeiten müssten eine Einheit bilden. Zudem setze sich die Gewerkschaft der Polizei für intelligente Arbeitszeitmodelle ein, die auf die unterschiedlichen Herausforderungen des Polizeidienstes zugeschnitten seien. Das beginne bei flexiblen Arbeitszeiten z.B. im kriminaltechnischen Dienst und reiche bis zu kürzeren Lebensarbeitszeiten im Wach- und Wechseldienst.